Abend-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 93.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 6. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Vom Landtage.

53. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Schluß.)

Abg. Windthorst: Eine so vom christlichen Geiste durchwehte Rede, wie die so eben gehörte, konnte nicht auf allen Seiten Beifall finden, aber jeder, der an dem Christenthume festhält, muß sie unterschreiben. Es ist wohlthuend, daß die Frage des Kulturkampfs jetzt auf allen Seiten mit so großer Ruhe erörtert wird, und namentlich hat mich die Erklärung des Abg. v. Hammerstein erfreut. Ich begreife, daß die konservative Partei den schwebenden Verhandlungen gegenüber ebenso wie wir eine gewisse Reserve beobachtet, aber ich freue mich über die unumwundene Erklärung, daß sie bereit ist, die auf Grund dieser Verhandlungen kommenden Vorlagen zu unterstützen. Leider war die konservative Partei lange abwesend und auch ihre wenigen Abgeordneten haben eine gleiche Erklärung früher nicht abgegeben. Auch der Abg. Löwe (Bochum) hat abweichend von früherer Zeit den Wunsch nach Beseitigung des Kulturkampfes ausgesprochen, nur, setzt er hinzu, müßten die unveräußerlichen Rechte des Staates gewahrt werden. Diesen Satz unterschreibe ich auch, es kommt nur darauf an, was man „unveräußerliche Rechte des Staates" nennt. (Heiterkeit.) Aber man vereinigt sich über Prinzipien schwer, es gilt ohne Aufgebung derselben, das Leben zu ordnen, wie das Schreiben des Kronprinzen an den Papst mit Recht ausführt. Der Satz: „Der Staat kann einseitig Alles ordnen" hat ja eben die ganze Verwirrung verursacht. Dem Minister danke ich für die wohlwollende Weise seiner Aeußerungen, die wir seit lange vom Ministertische nicht mehr gewohnt waren. Aber ich kann ihm doch nicht zugeben, daß die preußischen Katholiken auf dem Gebiete, das dem Staate gehört, einen auswärtigen Souverain kennen, auf kirchlichem Gebiete ist ihnen allerdings ihr Oberhaupt von dem Stifter ihrer Kirche selbst eingesetzt. Der Staat Preußen hat seine katholischen Unterthanen mit diesem ihren Bekenntniß übernommen und er muß sie schützen als das, was sie sind. Dieses Recht haben die preußischen Katholiken von Natur, durch völkerrechtliche Verträge und durch die verschiedenen Patente der preußischen Könige bei ihrer Besitznahme der verschiedenen Landestheile, und an einem Königsworte darf man nicht deuteln. Der Minister behauptet, ein preußischer protestantischer König habe im Anfang dieses Jahrhunderts die zerrüttete Kirche aufgerichtet. Dies that nicht der Protestant, sondern der Landesherr. Diese Unterscheidung ist wichtig in einem Momente, wo die Krone Preußen eine so wichtige Stellung in Deutschland einnimmt. Ob es gerathen ist, in einem solchen Momente die protestantische Seite der Dynastie, wie es geschehen, zu betonen, erscheint mir zweifelhaft. Wir sind befriedigt, wenn die Dynastie treu zu ihrem Bekenntniß steht, aber wenn es sich um ihre Regentenpflichten handelt, dann kann unter keinen Umständen das Bekenntniß eine Bedeutung haben, dann handelt es sich um den Rechtsschutz, den die Dynastie nach ihrem göttlichen Berufe dem ganzen deutschen Volke leisten muß. Wir sind nicht geduldete Schafe, sondern wir sind vollkommen gleichberechtigt in Deutschland. In allen geschichtlichen Wendepunkten des deutschen Reichs stand die Ordnung der kirchlichen Fragen im Vordergrund. Als die Katholiken in der Majorität waren, verlangten die Protestanten mit Recht Garantien für ihre freie Religionsübung, dasselbe thun jetzt die in der Minorität befindlichen Katholiken. Statt der Garantien haben Sie uns die Maigesetze gegeben, das war ein schwerer Irrthum und die daraus resultirende Mißstimmung kann das neu gegründete deutsche Reich nicht festigen. Man hätte diese Fragen gleich im konstituirenden Reichstage verfassungsmäßig ordnen sollen. Es ist befriedigend, daß jetzt in Baden Landesherr und Regierung sich zusammenraffen, um dem Unsinn der sogenannten Liberalen, die dort das Land beherrschen, ein Ende zu machen. Ich hoffe, daß das von guter Vorbedeutung ist. Es ist unzweifelhaft, daß, wenn eine Verständigung mit Rom erfolgt, auf dem Wege der Landesgesetzgebung die Hindernisse weggeräumt werden müssen, welche der Ausführung dieses Ausgleichs entgegenstehen. Hoffentlich werden dann hier keine Schwierigkeiten bereitet. Ich habe die Erklärung, daß ernste Verhandlungen stattfinden, mit Freuden begrüßt, aber es ist sehr hohe Zeit, wir können nicht lange mehr warten, wir müssen Frieden im Hause haben, ehe die Stürme von außen kommen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Stengel: Auch wir (die Freikonservativen) wünschen den inneren Frieden, obwohl der Abg. Windthorst mißverständlich die Aeußerungen des Abg. Tiedemann in entgegengesetzter Weise aufgefaßt hat. Meine Partei hat die Regierung bei den Maigesetzen unterstützt, weil das nothwendig war, obwohl es uns schmerzlich war, daß dadurch viele unserer katholischen Mitglieder in ihrem religiösen Bewußtsein gekränkt wurden. Wir werden die Regierung auch ferner auf diesem Wege unterstützen, wenn dieselben Verhältnisse fortdauern, wenn es nicht gelingt, mit der Kirche einen modus vivendi zu vereinbaren, den Preußen akzeptiren kann. Wir halten stets fest an dem Rechte des Staates, auch Gesetze auf kirchlichem Gebiete zu geben, soweit es nicht das innerkirchliche Gebiet betrifft. Wir glauben aber, daß der Staat dieses Recht mit Weisheit und Mäßigung üben müsse. In diesem Sinne werden wir die an uns kommenden Vorlagen der Regierung prüfen, wir wünschen, daß sie bald kommen zum Wohle der katholischen Kirche Preußens und zum Wohle des Staates. (Beifall rechts.)

Abg. Knörcke: Ich bin mit dem Abg. Stöcker darin einverstanden, daß wir dem Minister Falk die selbstständige Organisation der evangelischen Kirche danken. Die Freiheit der Kirche nimmt er aber nur für seine Richtung in Anspruch, die er als allein berechtige in der Kirche hinstellt. Wir geben nicht zu, daß Sie allein berechtigte Mitglieder der evangelischen Kirche sind. Wir protestiren gegen die Unterstellung, daß wir die Religion gering achten. Sie identifiziren nur Religion und Kirchlichkeit, christlich und konfessionell. Sie glauben, das Sittlich-Religiöse in Generalpacht genommen zu haben. Ich weise entschieden die Behauptung zurück, daß die Verwaltung des Ministers Falk nicht von christlichem Geiste bewegt, beseelt gewesen sei. Obwohl ich das System des jetzigen Kultusministers für verhängnißvoll halte, so zweifle ich doch nicht, daß es von den besten Intentionen beseelt ist. Ein Mann wie der Minister Falk, der so viel gearbeitet hat für Schule und Kirche, verdient einen solchen Vorwurf nicht. Ich bin mit dem Abgeordneten Stöcker einverstanden über die Nothwendigkeit einer Mittelschule; aber dieselbe darf nicht organisirt werden auf dem Vorschulsystem, sondern die muß ihre Grundlage in der Volksschule haben, sonst wird unsere Volksschule immer mehr zu einer Armenschule herabgedrückt. Die allgemeine Volksschule hat ja auch eine hervorragende soziale Bedeutung und deshalb sollte sich der Abg. Stöcker für sie interessiren. Die Generalsynode hat mit der von ihr beschlossenen Trauordnung die Interessen des Staates verletzt. Mit der Zusammensprechung der Ehe im Trauformular negirt sie das Zivilstandsgesetz, wonach der Staat die Ehe schließt und der Kirche nur die Einsegnung überläßt. Durch eine solche Durchbrechung der Gesetze erschüttert man den Glauben des Volkes an die Heiligkeit des Gesetzes und das ist verderblich. Ich wünsche eine Erklärung des Kultusministers, ob er für diese Trauordnung die Sanktion des Staates zu erwirken beabsichtigt. Ist das der Fall, dann muß ich sagen, daß er das Recht des Staates an diesem Punkte der Kirche gegenüber nicht genügend wahrnimmt. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Die Bemerkungen des Vorredners zeigen, wie groß vielfach die Verwirrung der Begriffe über Staats- und Kirchenverhandlungen ist. Er wirft mir vor, daß ich nicht in der Generalsynode gegen deren Beschlüsse Opposition gemacht habe. Wozu sollte ein solcher Zustand führen, wenn der verantwortliche Minister, der die Erklärung des Gesammtministeriums über die Beschlüsse der Generalsynode vorzubereiten hat, in einem Stadium, wo sie ihm noch ganz indifferent sind, sein Pulver verschießen und an den Verhandlungen theilnehmen wollte? Ich bin mit vollem Bewußtsein den Verhandlungen fern geblieben, um für meine fernere Entschließung freie Hand zu behalten. Auf die Frage, ob ich geneigt bin, im Staats-Miuisterium die Beschlüsse der General-Synode zur Genehmigung zu empfehlen, kann ich nicht antworten, da mir diese Beschlüsse noch gar nicht vorliegen. Ich werde die Trauordnung aufs Genaueste in Bezug auf den vom Vorredner hervorgehobenen Gesichtspunkt prüfen, ehe ich dem Ministerium Vorschläge mache. Wenn mich mein Gedächtniß aber nicht ganz täuscht, gehen diese Beschlüsse nicht über das hinaus, was auf Empfehlung meines Amtsvorgängers der hannoverschen Synode konzedirt worden ist. Dies wird für meine Stellungnahme sehr maßgebend sein. Daß diese übrigens mit der Stellung des Abg. Knörcke sich nicht decken kann, wird Ihnen nach meiner ganzen Stellungnahme klar sein.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Wir haben leider von den Schmerzen, die der Kulturkampf den Freikonservativen gemacht haben soll, nie etwas gemerkt; sie schienen vielmehr mit Freude daran Theil zu nehmen. Ich bin denselben trotzdem dankbar, daß sie jetzt auch den Kulturkampf beenden wollen. Es war für Sie aber auch die höchste Zeit, denn ebenso wie die Liberalen, sind auch Sie schon durch den Kulturkampf sehr zurückgegangen (Widerspruch bei den Freikonservativen), nicht an Zahl, aber an Einfluß bei der Regierung. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß so viele Staatsmänner und Regierungsbeamte aus Ihrer Partei hervorgehen werden, wie früher. Indessen kann man sich mit solchen Weissagungen auch irren. So irrte ich mich, als ich sagte, wenn der Kulturkampf aus sein würde, werde es auch mit dem Minister Falk aus sein; es ist mit ihm schon viel früher aus geworden. Wir bedauern sehr, daß auch unter den Protestanten jetzt ein Kulturkampf ausgebrochen ist, da wir die Leiden eines solchen kennen. Ich bestreite Herrn Knörcke, daß die Ehe durch den Staat geschlossen wird. Die Zivilehe hat große Verwirrung der Begriffe darüber geschaffen, in welcher Form die Ehe zu schließen ist, daher die große Zahl von unkirchlichen Ehen und Kindern, die aus dem Heidenthum noch nicht herausgekommen, noch gar nicht getauft sind. So kommt es, daß Sie in einer Nummer der „Vossischen Zeitung" 3 Annoncen finden, in denen Mütter ihre Kinder zum Verschenken, d. h. zum Verkaufen ausbieten. Dazu kommt man, wenn man vom Christenthum keine Idee mehr hat. (Unruhe links.) Die wohlwollenden Aeußerungen des Ministers werden im ganzen Lande beifällig aufgenommen werden. Die Sprache seines Vorgängers war von einem wahren Fanatismus gegen Rom und die katholische Kirche beseelt. (Oho links.) Ich bestreite, daß der Staat eine Schutzwehr gegen uns nöthig hatte und wir auf den wichtigsten Gebieten des Staats die Einwirkung einer auswärtigen Macht zulassen wollten. Die katholische Kirche in Preußen hat sich keine Uebergriffe in das Gebiet des Staats erlaubt, sondern umgekehrt der Staat hat sich die größten Uebergriffe in die Freiheit der Kirche, sogar des Glaubens erlaubt, indem er z. B. die Altkatholiken als Katholiken anerkannte. Um solche Uebergriffe zu ermöglichen, mußte man Artikel der Verfassung aufheben. Wenn der frühere Minister aber als Motto: „Kampf gegen Rom" vortrug, so mußten wir uns zur Wehr setzen. Wir waren nie abgeneigt gegen die Regierung, haben vielmehr immer konservative Grundsätze konsequent vertreten. (Widerspruch rechts.) Verwechseln Sie nicht eine konservative mit einer Regierungspartei; eine konservative Partei muß unabhäng sein, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will. Wir haben auch die Rechte der evangelischen Kirche immer respektirt und gefördert. Wir haben nicht das Feuer angeblasen, sondern die Provinzialbehörden blasen es noch heute, nicht mit dem Munde, sondern mit dem großen Blasebalg an. Zerstörung der katholischen Kirche war die Parole des früheren Kultusministers, darum mußten wir unsere Beschwerden hier vorbringen. Die Wirkung der Aera Falk ist ganz das entgegengesetzte von dem, was der Bischof Remigius zum Frankenkönig Chlodwig sagte: Beuge dein Knie, stolzer Sigambrer, und bete an, was du verachtet hast; jetzt verachten die Menschen, was sie einst angebetet haben. Die Verachtung gegen Gott und Jesum Christum ist die Folge der Aera Falk. (Oho! links.) Eine weitere Folge ist die Ausbreitung der Sozialdemokratie. Sobald Sie den Glauben an Gott und Jesum Christum wieder zur Geltung bringen, wird auch die Sozialdemokratie verschwinden.

Minister Puttkamer: Ich würde in das eigenste Recht des Abg. Falk eingreifen, wollte ich auf die Angriffe des Vorredners gegen ihn antworten. (Sehr richtig!) Ich habe nicht anerkannt, daß die Maigesetze die katholische Kirche zerrüttet hätten, sondern nur, daß dies die Zerwürfnisse gethan haben. Zu diesen gehört aber vor Allem der Widerstand der Kirche gegen die Maigesetze. (Sehr richtig!) Ich bitte deshalb, meine Worte nicht zu meinem Nachtheil auszulegen.

Abg. v. Stablewski bedauert, daß der Kulturkampf in den ehemals polnischen Landestheilen noch durch die Unterdrückung der polnischen Nationalität verschärft worden sei, besonders aber durch die gänzliche Beseitigung der polnischen Sprache aus dem Unterricht; Preußen gebe dem Auslande damit ein schlechtes Beispiel für die Behandlung der Deutschen in fremden Staaten und Rußland könne bei Deutschland in die Schule gehen und daraus lernen, wie die Deutschen in den Ostseeprovinzen zu behandeln seien. Wenn man auf dem Gebiete des Kulturkampfes an eine Umkehr denke, solle man auch diesen Mißständen auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung abhelfen.

Unter allgemeiner Spannung, die sich auch hörbar äußert, verlangt das Wort der

Abg. Dr. Falk: Von denjenigen, welche Verwunderungen oder Erwartungen ausdrückten, als ich mich zum Worte meldete, dürften weder die einen noch die anderen Recht haben, denn daß ich nach dem, was ich heute gehört habe, das Wort ergreife, ist doch wohl nicht verwunderlich, und was die Erwartungen betrifft, so ist das vorliegende Thema früher so reichlich erörtert worden, daß ich unmöglich mit neuen Gedanken vor Sie treten kann. Gestatten Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung. Ich habe keine innere Neigung, mich schon jetzt wieder an parlamentarischen Debatten zu betheiligen. Das Warum ist ziemlich klar. Es ist ein ander Ding, vom Ministertisch aus zu sprechen als von diesem Platz; dann kommt hier auch der Mangel an sicherem Material in Betracht, während ich es dort im reichsten Maße zur Hand hatte. Während sieben Jahren habe ich in den parlamentarischen Debatten an den Angelegenheiten meines früheren Ressorts theilgenommen, acht Etatsberathungen durch meine persönliche Thätigkeit durchführen müssen — da werden Sie es wohl begreifen, daß ich jetzt nicht wieder für die Dinge eintreten will, die ich im Amte so oft und so nachdrücklich mit ganzer Hingebung vertheidigt habe. Sie würden das nur dann fordern, wenn Sie glaubten, daß ich nicht mehr derselbe bin, der ich war. Nun ich denke, in den Verdacht komme ich nicht. (Rufe: Nein!) Ich bin auch der Meinung, hätte ich von meinen Grundsätzen weichen wollen und können, ich wäre noch an dieser Stelle. Persönlich drängt mich also nichts zum Reden. Ich habe während meiner Amtsjahre Anschauungen und Grundsätze zum Ausdruck und theilweise auch zur Anerkennung gebracht, die in weiten Kreisen die des preußischen, ja des deutschen Volkes gewesen sind. (Sehr wahr! links.) Die Träger dieser Anschauungen sind in einem ähnlichen Verhältnisse wie ich: Ich bin nicht mehr im Amte und sie sind zurückgedrängt, von einem Theil der wandelbaren Menge verlassen worden. Gleichwohl glaube ich, daß der Kern dieser Anschauungen doch schließlich zum Siege kommt, eine Ueberzeugung, die ich aus der Geschichte schöpfe. Wenn man für solche Grundsätze und ihre Verwaltung einzutreten hat, kann allerdings das Reden zur besonderen Pflicht werden, wenn nämlich eine Diskreditirung dieser Verwaltung durch ungerechtfertigte Angriffe eingetreten ist. In diesem Falle befinde ich mich heute. Man läßt mir heute noch meinen Frieden nicht. Wenn man glaubt, irgend ein Artikel sei besonders unangenehm, so bekomme ich ihn gewiß unter Kreuzband zugesendet, und Weihnachten, Jahreswechsel und andere Gelegenheiten werden dazu benutzt. Ein bischen darf ich wohl auch auf die Presse zurückgreifen und auf ihren Hauptvorwurf, meine Verwaltung sei eine absolut negative gewesen, ich habe nur zerstört und an keiner Stelle aufgebaut. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich freue mich, daß ich die Sache so richtig getroffen habe; denn der Ruf ist von einer Seite gekommen, die kürzlich in einem Parteiblatte ihre Befriedigung darüber ausgesprochen hat, daß der diabolische Helfer des Reichskanzlers gegangen sei, und in dieser Fassung konnte ich es nur auf mich beziehen. Diabolus heißt ja vor allem der Zerstörer. Gleichwohl halte ich dafür, daß Alles über meine Amtsführung auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft, der Universitäten, der höheren Schulen gesagt werden kann, nur nicht, sie habe zerstörend gewirkt. Es ist nicht viel über ein Jahr her, daß ich vom Ministertische aus den heute wieder in allen Variationen erhobenen Vorwurf zurückwies, die Religion des Volkes zerstört zu haben. Ein Gegenbeweis gegen meine Behauptungen ist in keiner Weise erbracht worden. Heute ist der Angriff in allen Variationen erneuert worden; aber wo bleiben die Gründe? Ich wende mich zunächst gegen Herrn v. Stablewski, der aus seinen Posen'schen Verhältnissen heraus gemeint hat, Bestimmungen, wie sie in Bezug auf die Sprache meinerseits getroffen worden seien, könnten doch von solchen nicht ausgehen, die an eine unsterbliche Seele glauben. Ich habe es für eins der größten Bedürfnisse gehalten, unsere Landsleute polnischer Zunge durch die Schule so auszustatten, daß sie sich in jeder Beziehung um ihrer selbst und um des großen Ganzen Willen als Angehörige des preußischen Staats fühlen können; das war nur durch die von mir angeordnete energische Inangriffnahme des Unterrichts der deutschen Sprache möglich. Der Erfolg hat gelehrt, daß dadurch der Religionsunterricht nicht leidet; die Kinder erhalten diesen erst dann in deutscher Sprache, wenn sie dieser schon mächtig sind. Also dieser Standpunkt hat in den Provinzen ja nach den Verhältnissen seinen Ausdruck gefunden, und da heißt es: Die Männer, die solche Bestimmungen gegeben haben, glauben nicht an die Unsterblichkeit der Seele! Ein leichtfertiger Vorwurf! (Unruhe rechts! Rufe: zur Ordnung!) Die Ausführungen des Abg. Windthorst gehen darauf hinaus, daß ein guter Pulsschlag sich während meiner Amtsführung im Kultusministerium nicht geltend gemacht. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Herren meinen, wenn der Pulsschlag nicht genau so gehe wie der ihrige, dann sei es kein richtiger Pulsschlag. Ich denke aber, Gott hat die Menschen nicht so hingestellt, daß allen der Puls in gleichem Maße schlägt, er soll nur bei allen regelmäßig und gut schlagen, wenn er auch verschieden ist. Die Spuren davon, daß er bei mir regelmäßig schlug, sind in Wahrheit vorhanden, ich erinnere sie noch einmal an meine Rede vom 15. Januar 1879. Ich würde fürchten, mit dem Präsidenten in einen gewissen Widerstreit zu kommen, wenn ich den vom Abg. Windthorst über den jetzt an der Spitze der Verwaltung der Staatsschulden stehenden Mann gemachten Witz nach Verdienst charakterisiren sollte. Diesem Mann ist mit Worten und Andeutungen das unverantwortlichste Unrecht gethan. Ich kenne keinen Mann, der so von der Religion, vom positiven Christenthum so durchdrungen, wie er. Dem Vorwurf, daß ich den Unglauben und die Verbreitung der Sozialdemokratie gefördert habe, bin ich vor Jahr und Tag begegnet. Daß ich den Abg. v. Schorlemer-Alst nicht überzeugt habe, wundert mich nicht, aber er hätte für diesen erneuten Vorwurf doch sachliche Gründe bringen sollen. Ich habe bewiesen, daß die sozialdemokratische Generation nicht in der kurzen Zeit meiner Schulverwaltung, sondern unter der Raumer'schen Regulative aufgewachsen ist. Der Abg. von Schorlemer muß ein kurzes Gedächtniß haben. Wie lange ist es denn her, daß die Herren vom Centrum mit Hülfe der Sozialdemokratie in den Reichstag gegangen sind? (Sehr gut links; große Unruhe im Zentrum.) Die Spezialfälle sind ja bekannt; wer selbst im Glashause sitzt, soll Andere nicht mit Steinen werfen. Schorlemer sprach von dem Fanatismus meiner Sprechweise; ich darf wohl sagen, daß die Verhandlungen, die ich namentlich in den ersten Jahren meiner Verwaltung hier geführt habe, von meiner Seite in der ruhigsten Weise geführt worden sind. Wenn hinterher der Ton ein anderer geworden ist, wie die Herren es wünschen, wer trägt denn die Schuld? Ich habe oft zu den, ich muß sagen wildesten Angriffen geschwiegen, und es wird sich Niemand darüber wundern, daß die Antwort einmal scharf ist, wenn es dazu kommt, wie es jetzt der Fall ist. Der Abg. v. Schorlemer-Alst war am wenigsten zu derartigen Vorwürfen berechtigt, welcher mir, wie Sie sich erinnern werden, Dinge ins

Gesicht gesagt hat, denen gegenüber ich nur aus der Erwägung geschwiegen habe, weil ich keinen Ausdruck fand, der in den Grenzen der parlamentarischen Gewohnheit das mir Angethane einigermaßen gerecht zurückwies. Der Abg. Stöcker hat über den Indifferentismus großer Kreise der Gebildeten gegenüber der Religion geklagt. Was er gesagt hat, ist wahr, und eben darum bin ich auf den verschiedenen Gebieten den von mir eingeschlagenen Weg gegangen. Ich habe alle Kraft daran gesetzt, die evangelische Kirchenverfassung zu einem Abschluß zu bringen. Es that Noth, diese indifferenten Elemente der Kirche wieder zuzuführen. Eine Gemeindeverfassung, wie sie durch meine wesentliche Betheiligung zu Stande gekommen ist, habe ich für einen richtigen Weg dazu gehalten. Aber diese Elemente, und das halte ich dem Abg. Stöcker hierbei entgegen, werden nicht dadurch wiedergewonnen, daß man sie vollständig zurückstößt und ihren augenblicklichen Standpunkt in die Acht erklärt, sondern nur dann, wenn man sie duldet, bis sie durch Gewohnheit zu einer anderen Auffassung kommen. Dies führt mich auch zur Frage der evangelischen Kirche. Ich freue mich in dieser Beziehung besonders über die Anerkennung des Abg. Stoecker. Freilich hat derselbe es andererseits, wie der Abg. v. Hammerstein wieder zum Ausdruck gebracht, daß die evangelische Kirche bei dem Kulturkampf am meisten gelitten habe. (Sehr wahr! rechts.) Diese weite Behauptung ohne jede Begründung auszusprechen, gehört in die Kategorie der fables convenues. Wenn ich die damals günstigen Umstände nicht benutzt hätte, so würde die vielbegehrte Kirchenverfassung noch heute nicht fertig sein und die Zeit würde nicht abzusehen sein, wann dies geschehen könnte. (Sehr gut! links.) Wenn sich die Gesinnungsgenossen des Abg. Stöcker darüber froh fühlen, weil sie darin ihre Anschauungen siegreich durchführen können, so ist doch der Vorwurf nicht berechtigt, daß die evangelische Kirche unter dem Kulturkampf gelitten hat. Ich sehe auch nicht, daß, wie der Abg. Stoecker glaubt, meine Bestrebungen auf dem Gebiete der evangelischen Kirche gescheitert sind; wenigstens haben mich seine Gründe nicht davon überzeugt. Den Gedanken der Mitwirkung der kirchlichen Organe bei der Besetzung der oberen kirchenregimentlichen Stellen halte ich zwar nicht für nöthig, gesetzlich festzustellen; aber ich halte eine faktische Verständigung des Ministers mit den Kirchenbehörden über diese Fragen für nothwendig. Daß auch ich in dieser Beziehung Selbstüberwindung üben konnte, dafür erinnere ich den Abg. Stoecker nur an seine beiden Kollegen. (Beifall links.) Mit der Besteuerung glaubte ich die kirchlichen Organe nicht behelligen zu dürfen; denn zur Eintreibung dieser Steuern bedarf es doch des staatlichen Armes. Darauf, daß die Kirche nicht die Besteuerung hat, kann man unmöglich den Vorwurf gründen, daß die evangelische Kirche nicht frei sei. Ich komme nun auf das allerbestrittenste Gebiet, auf den Kulturkampf. Man wirft mir zunächst eine gewisse Friedlosigkeit vor. Da beim Zentrum nur argumenta ad hominem gelten, so führe ich ein solches zur Vertheidigung gegen diesen Vorwurf an. Bei Berathung des Antrags Bachem auf Sistirung des Ordensgesetzes habe ich in Uebereinstimmung mit mächtigeren Faktoren der Staatsregierung Ihnen immer und immer das Ziel des Friedens gezeigt. (Lachen im Zentrum.) Wenn Sie das Alles nicht glauben, werden Sie doch das Eine glauben, daß eine tiefe Ueberzeugung dazu gehört, um zu ertragen, was ich in meiner Stellung ertragen mußte. Ich bin nicht das diabolische Element gegenüber der katholischen Kirche gewesen, als das man mich hinstellt. Ich bin beim Erscheinen der Maigesetze in der entgegenkommendsten, freundlichsten und mildesten Weise — es ist das ja aktenmäßig — den Bischöfen gegenübergetreten und habe zu einer gemeinsamen Durchführung im Interesse der den Bischöfen besonders am Herzen liegenden Punkte die Hand geboten. Sie wissen, wie dieses Anerbieten zurückgewiesen worden ist. Meinen Ausführungen, besonders an dieser Stelle, ist seitens der Gerichtshöfe eine Würdigung zu Theil geworden, die häufig zu milderer Auslegung der Gesetze geführt hat. Der gegenwärtige Kultusminister hat bei Berathung des oberschlesischen Nothstandes für mich Zeugniß abgelegt. Ich war oft in der Lage, Verfügungen, die Bedrückungen enthielten, aufzuheben. Ich bin mir bewußt, das Gesetz sehr milde ausgeführt zu haben. Verschiedene Gründe haben allerdings die Ausführung sehr erschwert. Kurz gesagt, der Widerstand gegen die Gesetze bis aufs Aeußerste wurde durch den Gedanken bestärkt, daß der Minister, der das Gesetz vorgelegt hatte, nicht bis zum Endtermine der Ausführung im Amte bleiben würde. Die Leute, die so dachten, hatten sich aber in ihrer Auffassung sehr geirrt. Ich bin so lange im Amte geblieben, daß die Ausführung in meiner Hand lag. (Leider!) Hätten Sie das gewußt, so wären Sie vielleicht auf einen anderen Weg gekommen (Widerspruch). Der Zweck, den ihr kampfesmuthiges Temperament zu ereichen hoffte, ist nicht erreicht worden. Die Ursulinerinnen-Anstalt in Aarweiler z. B. wurde auf dem einzigen gesetzlich möglichen Wege erhalten, weil sich die Oberin berathen ließ von einem nicht leidenschaftlichen Katholiken, dem Sie die Katholizität nicht absprechen werden. (Ruf: Doch! Altkatholisch! Heiterkeit.) Der Beigeordnete von Koblenz soll altkatholisch sein? Wenn Sie ihre Sache nicht besser begründen können, dann ist es schwach damit bestellt. Wo also verständige Berather gewesen sind, da war es möglich, auch mit einem sogenannten schlimmen Minister zu einem guten Resultat zu kommen. Man hat recht viel darüber gesprochen, welche Gründe mich bestimmt haben, Se. Majestät zu bitten, mir einen Nachfolger zu geben. (Aha!) Sage ich da etwas Unwahres? Haben Sie denn die Zeitungen nicht gelesen? Ich habe darauf zu erwidern, daß diejenigen das Rechte gefunden haben, die meinten, die Gesammtsituation aller Verhältnisse habe mich zu diesem Schritte gedrängt. Aber diese Gesammtsituation setzt sich doch schließlich aus einer Reihe einzelner Momente zusammen und eines dieser Momente will ich berühren; ich kann dies um eher, als meine Worte eigentlich nur eine Verifizirung dessen sind, was auch seiner Zeit in vielen, ich glaube sogar mit dem Charakter der Offiziosität versehenen Blättern gestanden hat. Ich bin nicht kurzsichtig und eng genug gewesen, um mir nicht einen Gedanken, als einen richtigen, lange vorzuhalten. Wenn vor Jahren von der damals ja rein hypothetischen Möglichkeit die Rede war, es könne zu einem Frieden auf diesem Gebiet kommen, so habe ich — der Zeugen befinden sich in diesem Hause eben so viel wie draußen — meine Ueberzeugung dahin verlautbart, daß ich für ein derartiges Verhandeln für die Herbeiführung des Friedens nicht der geeignete Mann sei (Sehr richtig! im Zentrum), und zwar ist diese Ueberzeugung im Laufe der Zeit, als jene Möglichkeit nicht mehr hypothetisch, sondern reell wurde, immer stärker in mir hervorgetreten. Ich habe nur in dieser Beziehung bei anderen Entscheidungen diese Ueberzeugung nicht gewonnen. Bis zum vergangenen Jahre habe ich allerdings gemeint, es könne nun Niemand mehr bestreiten, daß meine Würdigung dieser Frage die richtige sei. Ich weiß ja, daß — es mag nun recht sein, daß man mich dahin getrieben und das erreicht hat, — oder unrecht — große Massen der katholischen Bevölkerung in Verkennung meines Thuns und Wollens mich als die Person ansehen, mit der ein Friede nicht gemacht werden könne. (Sehr richtig! im Zentrum.) Diese Thatsache konnte ein verständiger Mann nicht außer Acht lassen. Und fehlt es denn auch an Gelegenheit, mir diese Thatsache immer wieder vor Augen zu rücken? Darf ich nicht an die Presse des Zentrums erinnern, an die Reden seiner Führer, des Abg. Windthorst im Reichstage und in der Kommission? Glauben Sie denn, daß ich nicht weiß, wie berechtigte Vertreter, ja das Haupt selbst der Kurie sich über meine Person ausgesprochen haben? Weil ich nun diese Ueberzeugung gegen Jedermann vertreten zu können meinte, habe ich einen der Gründe dafür, daß ich Se. Majestät um meine Entlassung bat, aus meiner Ungeeignetheit zum Frieden entnommen. Ist das ein Beweis von Friedlosigkeit? Ich habe nur noch einige Bemerkungen zu machen und hoffe damit Sie für diese Session von der Last zu befreien, mich anzuhören. Der Abg. Windthorst sprach heute wieder von den Verfolgungen der katholischen Kirche zu unserer Zeit. Trotz der Anerkennung, die ich dem Abg. Windthorst seit langer Zeit zu zollen Ursache hat e. hat mich das doch immer peinlich berührt, wenn er es so darstellte, als würde der alte Heide, wenn er heute aufwachte, sich wundern, in welcher Bedrängniß sich die katholische Kirche befinde. Ich weiß nicht, an welchen alten Heiden er gedacht hat, aber ich vermuthe mindestens an Diocletian oder Julianus Apostata (große Unruhe und Heiterkeit). Diese Behauptungen sind total falsch. Ich kann mir ja denken, daß die Herren vom Zentrum von Zeit zu Zeit oder auch recht häufig das Bedürfniß fühlen, diesen Satz wieder auszusprechen, es könnte sonst der Glauben an denselben etwas schwächer werden. Ich kann natürlich nicht sagen, denn das wäre unparlamentarisch, der Abg. Windthorst spreche gegen seine Ueberzeugung. Das macht mir um so mehr Verlegenheit, als er diesen Theil der Geschichte doch unzweifelhaft gelernt hat. Soll ich also nicht sagen, er habe einen wenig geschickten Lehrer gehabt, so muß ich annehmen, er habe diesen Theil der Geschichte wieder vergessen. Für Gedächtnißschwäche kann ja Niemand. Ich muß auch leider immer wiederholen, daß nicht die Gesetze das herbeigeführt haben, was wir Alle beklagen, sondern, wie der Minister schon sagte, der Widerstand gegen dieselben. (Große Unruhe im Zentrum.) Ein großer Theil der Gesetze findet gar keine Anwendung, wenn der Widerstand nicht eintritt. (Sehr richtig! links; Lachen im Zentrum.) Von dem heute angegriffenen Gerichtshof wird sehr wenig zu spüren sein, wo die kirchlichen Obern sich zu dem entschließen, wozu sie sich anderweit mit der größten Leichtigkeit entschlossen haben, Anzeige zu machen bei der Staatsregierung von der beabsichtigten Anstellung eines Geistlichen. Man wirft mir vor, ich hätte immer nur negativ zerstörend gewirkt. Ich könnte mehr als eines der Gesetze bezeichnen, denen kein Mensch positive Bedeutung absprechen kann, z. B. das Vermögens-Verwaltungsgesetz. Ich will aber das Positive in etwas anderer Richtung suchen; durch die gesetzliche Regelung vieler Fragen wollte ich die Entscheidung über diese Dinge dem Sentiment der Verwaltungsbehörden und des jeweiligen Ministers entziehen. Deshalb perhorresziren Sie auch den kirchlichen Gerichtshof, denn Ihnen ist der einzelne Minister lieber, der ist wandelbar, wenn er bestürmt wird von rechts und links, von oben und unten. Welches Maß von Kraft nöthig ist, um hier zu widerstehen, weiß ich am besten. Ein Einzelner wird immer diesen berechtigten Einflüssen zugänglicher sein, als eine Institution. Hauptsächlich aber ist durch die Maigesetzgebung dahin gewirkt worden, den Staat wieder zum Herrn auf seinem eigenen Gebiet zu machen, wo er nicht mehr seinen Pflichten allen Konfessionen gegenüber in vollem Maße gerecht werden konnte. Damit ist der Staat in eine Position gekommen, in welcher er ausharren und abwarten kann, bis die andere Seite zu einem Verständniß der Sachlage kommt. Eine Andeutung des Ministers v. Puttkamer bestätigt, daß diese Position bei den jetzigen Verhandlungen auch ihre Bedeutung geltend macht. (Lebhafter Beifall links — Zischen im Zentrum.)

Abg. **Windthorst**: Ob die Biographie, welche der Abg. Falk von dem Minister Falk gegeben, ganz seinen Wünschen entspricht, wenn er sie nochmals liest, und wenn sie einer Kritik unterzogen sein wird, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Ich hätte ihm lieber den Rath gegeben, aus dem öffentlichen Leben eine Zeit lang ganz zu verschwinden. (Heiterkeit), das Wiedererscheinen pflegt dann interessanter zu sein. Der Herr Kollege außer Diensten (Heiterkeit) hat sich in vielen Punkten zu rechtfertigen gesucht; ich kann heute nicht auf alle Punkte eingehen, wir werden das später thun können. Besonders hat er sich gegen den Vorwurf gewendet, daß unter seiner Amtsführung die Religiösität des Volkes zurückgegangen sei; die Geschichte wird unzweifelhaft von seiner Amtsführung sagen: es wurden alle bösen Leidenschaften entfesselt und unter ihrem Sturm sind die religiösen Ueberzeugungen zurückgegangen; man suchte Kampfgenossen gegen die christliche Kirche und war darin nicht wählerisch; man wählte die Bundesgenossen, die am wenigsten vom Glauben hielten. Jeder, der Abneigung gegen das positive Christenthum dokumentirte, konnte auf Beförderung rechnen. (Heftiger Widerspruch.) An den Schulen und Universitäten wurden derartige Männer angestellt. (Unwahr!) Wo ist ein gläubiger Katholik oder Protestant befördert? Nicht mit Unrecht hat die Generalsynode ihre Mitwirkung bei der Besetzung theologischer Professuren verlangt, sie durchkreuzte damit die Pläne gewisser Koterien. Ich betrachte es meinerseits als ein Verdienst des Ministers Falk, daß er die evangelische Kirche mündig gemacht hat; sie wird dadurch ein willkommener Bundesgenosse für uns. (Zurufe aus der Fortschrittspartei: Das glauben wir!) Ich freue mich, daß aus dem Knäuel heraus die Stimmen der Herren Richter, Virchow und Knörcke, des einzigen Redners, gegen den Abg. Falk nichts einzuwenden hatte, zu hören. (Heiterkeit.) Daß die evangelische Kirche unter dem Kulturkampfe gelitten hat, ist nicht zu bestreiten. Ich will anerkennen, daß der Minister Falk etwas milder war, als seine Umgebung, namentlich als der Herr, der jetzt die Schuldenverwaltung dirigirt — über dessen religiöse Ueberzeugung ich nichts gesagt habe, ich habe nur seine öffentliche Thätigkeit kritisirt. Die Milderung bezüglich der Kapläne in Schlesien, deren der Abg. Falk sich rühmte, geschah nicht im kirchlichen, sondern im Staatsinteresse, da wollte man nicht zu viele Vakanzen haben. Das Ordensgesetz ist mit einer großen Rücksichtslosigkeit ausgeführt worden, die armen Nonnen mußten in fremden Ländern Unterkunft suchen und wollen Sie ein Zeugniß von Humanität haben, gehen Sie nach dem Kirchhof in London an die Gräber der bei einem Schiffbruch umgekommenen Nonnen, lesen Sie, was an ihrem Grabe gesprochen wurde: Das war kein Zeugniß deutscher Humanität! (Beifall im Zentrum.) Die Amtspflicht des Ministers wäre es gewesen, überall, wo er konnte, zu mildern, nicht blos da, wo ein Mann ihn darum anging, der nicht zum Zentrum gehörte. Auf eine Petition rheinischer und westfälischer Damen wurde von Allerhöchster Stelle ein Druck auf den Minister für die Erhaltung der Anstalt in Ahrweiler ausgeübt. Ich spreche für diese hochherzige Intervention Sr. Majestät des Kaisers hier öffentlich meinen Dank aus. Der Minister Falk hat die Gesetze nicht gemildert, er hat aufgerufen zum Kampf gegen Rom und die Katholiken werden nicht vergessen, was man ihnen zu bieten gewagt hat. (Beifall im Zentrum.) Ich fürchte, es ist eine zu hohe Schätzung eines preußischen Ministers der zweiten Klasse (Hört!), wenn der verehrte Herr glaubt, daß von seinem Thun und Lassen diese Dinge alle abhingen. Er ist nicht entlassen aus Rücksicht für die katholische Kirche, sondern weil er mit der evangelischen Kirche nicht fertig werden konnte; und er hat so viel Einsicht gehabt zurückzutreten, ehe die Generalsynode sein Todesurtheil publizirte. Ich würde auf Alles das nicht eingegangen sein, wenn er uns nicht einen guten Rath oder vielmehr noch eins in die Rippen gegeben hätte. Wir kennen seine Kampfmethode und als er sprach, kam mir so ein Gefühl: Das waren die alten Tage! (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen. Aus der Reihe der persönlichen Bemerkungen heben wir die des Abg. **Loewe** (Berlin) hervor, der sich gegen das Citat Stoecker's über eine Wahlrede wendet; den frivolen Angriffen gegenüber, welche eine Versammlung von Männern, von denen kein einziger das berliner Schulwesen kenne, gegen das berliner Schulwesen erhoben, habe er ein Wort der Abwehr sprechen müssen. Der Abg. Stoecker hätte doch vermeiden sollen, die Agitation, die er jetzt betreibe, in das Haus zu bringen.

Abg. **Falk** verwahrt sich dagegen, daß er durch Intervention irgend einer Person in den Ordensangelegenheiten zu milderen Auffassungen gekommen sei; nur je nach der Berathung, welche den betreffenden Oberinnen zu Theil geworden, hätten sie falsche oder richtige Wege für die Erhaltung ihrer Anstalten eingeschlagen.

Das Ministergehalt wird genehmigt, die weitere Berathung auf **Freitag** 11 Uhr vertagt. Der Präsident kündigt für diesen Tag eine Abendsitzung zur Erledigung der Eisenbahnvorlagen an.

Telegraphische Nachrichten.

London, 6. Januar. Im Oberhause fand die Adreßdebatte statt. Lord Beaconsfield erklärte gegenüber Granville: Die montenegrinische Grenzfrage habe nie bessere Aussicht auf einen befriedigenden Abschluß als jetzt gehabt. In Betreff Griechenlands habe Frankreich am 17. Januar das Maß angeregt, das es auf der Konferenz bereits angeregt hatte. England machte darauf einen Vorschlag, der geeignet war, die Angelegenheit bald zum Abschluß zu bringen. Aus den vorzulegenden Schriftstücken werde sich ergeben, daß alle Mächte bestrebt seien, den Berliner Vertrag auszuführen und den Frieden zu erhalten. Der Erlaß einer Adresse wird schließlich angenommen.

Im Unterhause fand ebenfalls die Adreßdebatte statt. Die Irländer dringen auf Vertagung der Debatte, um die irische Frage durch ein Amendement zur Adresse zur Sprache zu bringen. Die Vertagung wurde mit 174 gegen 62 Stimmen verworfen. Auf einen nochmaligen Vertagungsantrag der Irländer, in den Lord Northcote einwilligt, wird die Debatte auf Freitag vertagt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 6. Februar 1880. (Telegr. Agentur.)

	Not.	v. 5.		Not.	v. 5.
Weizen fester			**Spiritus** ermattend		
April-Mai	229 75	228 50	loko	60 30	60 10
Mai-Juni	229 75	228 50	Februar	60 30	60 50
Roggen fester			Februar-März	60 30	60 50
Februar	171 —	170 —	April-Mai	61 —	61 10
April-Mai	173 25	172 —	Mai-Juni	61 20	61 30
Mai-Juni	173 —	171 50	**Hafer** —		
Rüböl still			April-Mai	149 —	148 50
April-Mai	53 80	53 80	Kündig. für Roggen	100	200
Mai-Juni	54 30	54 30	Kündig. Spiritus	— —	40000

Märkisch-Posen E. A.	31 90	31 25	Russ.-Bod.-Kr. Pfdb	80 —	79 75
do. Stamm-Prior.	100 25	99 90	Poln. 5proz. Pfandbr.	65 25	66 —
Köln-Minden E. A.	147 75	148 10	Pos. Provinz.-B.-A.	112 50	112 —
Rheinische E. A.	158 —	158 25	Ldwirthschftl. B.-A.	— —	— —
Oberschlesische E. A.	177 50	177 30	Pos. Sprit-Akt.-Ges.	50 —	50 —
Kronpr. Rudolf.-B.	66 80	66 90	Reichsbank	160 75	161 —
Oesterr. Silberrente	62 75	62 80	Disk. Kommand.-A.	193 60	194 10
Ungar. Goldrente	88 25	88 60	Königs- u. Laurahütte	137 —	137 10
Russ. Anl. 1877	91 10	91 —	Posen. 4 pr. Pfandbr.	99 20	99 30
Russ. Orientanl. 1877	61 25	60 90			

Nachbörse: Franzosen 482,50 Kredit 539,— Lombarden 153,50.

Galizier Eisenb. . .	113 —	112 75	Rumänier	48 75	48 90
Pr. Staatsschuldsch.	95 —	95 —	Russische Banknoten	215 90	215 40
Posener Pfandbriefe	99 25	99 30	Russ. Engl. Anl 1871	88 75	88 60
Posener Rentenbriefe	99 90	100 —	do. Präm. Anl. 1866	153 90	152 50
Oesterr. Banknoten	172 90	172 80	Poln. Liquid.-Pfdbr.	57 50	57 50
Oesterr. Goldrente	74 50	74 40	Oesterr. Kredit . .	539 50	540 —
1860er Loose . . .	125 75	126 25	Staatsbahn	482 50	485 50
Italiener	82 10	82 25	Lombarden	153 —	157 —
Amerik. 5% fund. Anl.	101 40	101 80	**Fondsst.** fest		

Stettin, den 6. Februar 1880. (Telegr. Agentur.)

	Not.	v. 5.		Not.	v. 5.
Weizen lustlos			Septbr.-Oktob.	57 —	56 50
loko	— —	— —	**Spiritus** fest		
Frühjahr	222 —	222 50	loko	59 50	59 30
Mai-Juni	223 —	222 50	Februar	59 30	59 —
Roggen still			dito	— —	
	— —	— —	Frühjahr	60 60	60 20
Frühjahr	166 50	166 50	**Hafer** —.		
Mai-Juni	166 50	166 —	**Petroleum** —.		
Rüböl fest					
April-Mai	53 25	53 25	Februar	8 60	8 50

Durchschnitts-Marktpreise nach Ermittelung der k. Polizei-Direktion Posen, den 6. Februar 1880.

Gegenstand.			schwere W. M.	Pf.	mittl. W. M.	Pf.	leichte W. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Weizen	höchster	pro	22	—	20	75	20	—	20	58
	niedrigster	100	21	—	20	25	19	50		
Roggen	höchster	Kilo-	17	20	16	25	16	—	16	24
	niedrigster	gramm	16	50	16	—	15	50		
Gerste	höchster		15	75	15	—	14	—	14	66
	niedrigster		15	25	14	25	13	75		
Hafer	höchster		16	—	15	25	14	75	15	16
	niedrigster		15	50	15	—	14	50		

Andere Artikel.

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mittel M.	Pf.			höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf.
Stroh Richt-	pro 100 Kilo	6	—	5	—	5	50	Rindfl. v. d. Keule	pro 1 Kilo	1	30	1	20	1	25
Krumm-		—	—	—	—	—	—	Bauchfleisch		1	—	—	80	—	90
Heu		6	25	5	—	5	62	Schweinefl.		1	20	—	90	1	05
Erbsen		18	—	15	—	16	50	Hammelfl.		1	20	—	80	1	—
Linsen		—	—	—	—	—	—	Kalbfleisch		1	20	—	80	1	—
Bohnen		—	—	—	—	—	—	Butter		2	20	2	—	2	10
Kartoffeln		4	50	4	20	4	35	Eier pr. Schock		4	—	—	—	4	—

Börse zu Posen.

Posen, 6. Februar 1880. [Amtlicher Börsenbericht.]

Roggen, ohne Handel.

Spiritus (mit Faß) Gekündigt —,— Ltr. Kündigungspreis 58,50 per Februar 58,50 — per März 58,90 per April-Mai 60,— Mark.

Loko Spiritus ohne Faß.

Posen, 6. Februar 1880. [Börsen-Bericht.] Wetter: —.

Roggen ohne Handel.

Spiritus, ruhig, Gekd. —,— Ltr., Kündigungspreis —,— per Februar 58,6 bez. Br., — per März, 59,— bz. Br., — per April 59,6 bez. Br., — per Mai 60,4 bez. Br. per August 62,1 bz. Gd.

Loko ohne Faß —,—.

Marktbericht der kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 6. Februar 1880.

		feine W.	mittl. W.	ordin. W.
Weizen	pro 50 Kilogr.	10 M. 80 Pf.	10 M. 10 Pf.	9 M. 60 Pf.
Roggen		8 = 35 =	8 = 15 =	7 = 80 =
Gerste		8 = — =	7 = 60 =	7 = 30 =
Hafer		7 = 80 =	7 = 50 =	7 = — =
Erbsen (Futter)		7 = 50 =	7 = 40 =	7 = 30 =
Lupinen (gelb)		4 = 40 =	4 = 30 =	4 = 20 =
= (blau)		4 = — =	3 = 90 =	3 = 80 =

Die Marktkommission.

Produkten-Börse.

** **Berlin**, 5. Februar. [Spiritus.] Nach amtlicher Feststellung seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loko ohne Faß frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert per 100 Liter à 100 % am 30. Januar 1880 60 Mark, am 31. Januar 60 M. à 59 M. 80 Pf., am 2. Februar 59 M. 80 Pf. à 59 M. 70 Pf., am 3. Februar 59 M. 90 Pf., am 4. Februar 60 M. 20 Pf., am 5. Februar 60 M. 10 Pf.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.